Kulturausschuß

Protokoll

40. Sitzung (nicht öffentlich)

26. Oktober 1994

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 Uhr bis 17.35 Uhr

Vorsitzende: Abgeordnete Matthäus (CDU)

Stenograph: Eilting

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung

1

- 1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500

in Verbindung mit:

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Seite

Artikel I §§ 17, 19, 20 und 23 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1995

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7502

2

Der Ausschuß erörtert zunächst einige sich aus der in der letzten Sitzung verteilten Tischvorlage "Kulturpolitik und Kulturförderung des Kultusministeriums NRW" ergebende Fragen.

2

Anschließend berät der Kulturausschuß die in seine Zuständigkeit fallenden Positionen des Haushaltsentwurfs:

a) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

Kulturrelevante Haushaltspositionen

Vorlage 11/3222

6

b) Einzelplan 05 - Kultusministerium

Kulturetat

Vorlagen 11/3190, 11/3241 und 11/3308

11

c) Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr

Kapitel 15 040 Titelgruppen 70 und 80, Kapitel 15 070
und Kapitel 15 300

Vorlagen 11/3215 und 11/3239

32

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Seite

2 Verordnung zur Änderung der Denkmallisten-Verordnung

Verordnungsentwurf des Ministeriums für Stadtentwicklung
und Verkehr
Vorlage 11/3242

33;
Anlage

Der Ausschuß nimmt den zur Unterrichtung übermittelten Verordnungsentwurf und die ergänzenden Erläuterungen des MSV im Rahmen einer kurzen Aussprache zur Kenntnis.

* * * * *

Aus der Diskussion

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) äußert zum einen den Wunsch, sich erneut des Themas **Restauratorenausbildung** anzunehmen, das die Vereinigung Deutscher Restauratorenverbände mit Zuschrift 11/3354 in Form eines Gesetzentwurfs an den Landtag herangetragen habe. In dem Zusammenhang sei noch einmal über die Ausbildung in der Zentralen Restaurierungswerkstatt Haus Lüttinghof in Gelsenkirchen zu diskutieren. Es erscheine ihm abstrus, daß das Land ein modernes Restaurierungszentrum eingerichtet und mit viel Landesmitteln Ausbildungsstätten etabliert habe, dort aber keine Restauratoren, sondern "Museumstechniker" ausgebildet werden sollten.

Zweitens bitte er, sich damit auseinanderzusetzen, daß der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 1993/94 **Richtlinien für den Denkmalschutz** anmahne. Bisher habe der Kulturausschuß ja immer Wert darauf gelegt, auf diesem Gebiet nicht mit Richtlinien zu operieren. Im Bericht des Landesrechnungshofs würden mehrfach "Birnen mit Heringen verwechselt", und deshalb sei mit der Exekutive darüber zu diskutieren, ob das so akzeptiert werden könne oder nicht.

Diese Themen könnten Anfang 1995 erörtert werden, meint die **Vorsitzende**. Zum Jahresbericht des Landesrechnungshofs macht sie darauf aufmerksam, daß der Kulturausschuß diesen Bericht vermutlich nicht diskutieren könne; es gebe aber Grund genug, den betreffenden Punkt herauszugreifen und im Ausschuß zu beraten.

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) ersucht bei dieser Gelegenheit das Kultusministerium, die Abgeordneten darüber zu informieren, was die Landesregierung zu tun beabsichtige, um den gemeinsamen angenommenen Antrag "**Kulturgut Lesen sichern**" umzusetzen.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1995 (Haushaltsgesetz 1995)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7500

in Verbindung mit:

Artikel I §§ 17, 19, 20 und 23 des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 1995

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/7502

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) spricht vor Beginn der Einzelberatungen die in der letzten Ausschußsitzung verteilte Tischvorlage "**Kulturpolitik und Kulturförderung des Kultusministeriums NRW**" (*wiedergegeben als Anlage zu Ausschußprotokoll 11/1332*) an. Dieses bislang nicht besprochene Papier sei merkwürdig anonym, weil es nicht mit dem Briefkopf des Ministeriums versehen sei.

Auf Seite 9 heiße es:

Die Künste und das kulturelle Schaffen haben eine lange Geschichte. Sie existieren, so lange Menschen denken und schaffen.

Diese zweifellos wahren Worte machten ihr Mut, auf etwas aufmerksam zu machen, was sie für bedenklich halte und ihr grundsätzlich wichtig erscheine.

Der auf Seite 1 beginnende erste Abschnitt trage die Überschrift "Partner Kultusministerium". Dann werde auf die Zusammenarbeit mit dem Bund, anderen Bundesländern, den Gemeinden und Gemeindeverbänden, aber auch privatrechtlichen Gruppen hingewiesen, und anschließend finde sich, ein Satz, der sie beunruhige:

Nur alle Beteiligten gemeinsam ermöglichen den Fortbestand der vorhandenen Vielfalt.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Mit dieser Aussage könne das Kultusministerium Verantwortung delegieren bzw. sich aus der Verantwortung ziehen, denn sie könne bedeuten: Wenn ein Partner - etwa eine Kommune - nicht mitmacht, dann machen wir auch nichts.

Dabei denke sie an einen so konkreten Fall wie das Heinrich-Heine-Institut in Düsseldorf, das von seiner Kommune anscheinend nicht sehr geliebt werde. Sein Leiter habe Angst, daß es auf wackeligen Füßen stehe.

Sie finde daher die Formulierung "Nur alle Beteiligten gemeinsam ..." problematisch und rege an, sie zu ändern.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) stellt fest, das Papier sei am Vortag im Arbeitskreis seiner Fraktion diskutiert worden. Die Darstellung der Schwerpunktaktivitäten - insbesondere die Gliederung zwischen landeseigener Kulturpolitik und den Bereichen, in denen das Land Koordinator oder Mitträger sei - habe hochgradig Zustimmung erfahren. Es entspreche auch dem demokratischen Verständnis von Kulturpolitik, daß diese sich nicht hierarchisch vollziehe.

Eine Frage sei allerdings im Arbeitskreis gestellt worden, nämlich: Wie sieht Nordrhein-Westfalen seine Rolle in Europa? - Ansatzpunkt dafür seien Berichte gewesen, daß nordrhein-westfälische Kommunen Beziehungen zu Island aufgenommen hätten, die das Kultusministerium unterstütze. Es werde keineswegs in Zweifel gezogen, daß das Land Nordrhein-Westfalen partnerschaftliche Beziehungen zu den Niederlanden oder auch zur Tschechischen Republik unterhalte und sich verpflichtet fühle, den baltischen Staaten Hilfestellung zu leisten. Da es kein Bundes-Kultusministerium gebe, obliege den Ländern eine gewisse Verantwortung für kulturelle Außenbeziehungen. Seine Fraktion halte es jedoch für erforderlich, seitens des Kultusministeriums und des Parlaments einmal gemeinsam über Kriterien solcher Außenbeziehungen nachzudenken, damit Unterstützungen nicht zufällig erfolgten und die Mittel von vornherein sinnvoll eingesetzt würden.

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) entgegnet Frau Möhrmann, der Hinweis in der Tischvorlage "Nur alle Beteiligten gemeinsam ..." bedeute seines Erachtens nicht, daß nur dann etwas geleistet werden könne, wenn alle sich beteiligten. Für ihn heiße das nur: Die Aufgabenstellung sei eine gemeinsame; in Handhabung und Durchführung seien aber die Beteiligten frei und flexibel.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Kultusminister Schwier führt aus, bei den jährlichen Einführungsberichten zum Haushalt würden normalerweise die Haushaltsansätze mit denen des Vorjahres verglichen. Die Positionen, die sich nicht änderten, seien aber eigentlich nicht der Erwähnung wert. Die Kulturabteilung habe nun die diesjährige Haushaltseinführung zum Anlaß genommen, in Erinnerung zu rufen, nach welchen Prinzipien das Land Nordrhein-Westfalen - im Unterschied zu anderen Ländern bzw. Staaten - Landeskulturpolitik betreibe. Er habe es für zweckmäßig und angemessen gehalten, die Philosophie, die hinter den Aktivitäten stehe, den Ausschußmitgliedern einmal darzustellen.

Der Satz "Nur alle Beteiligten gemeinsam ermöglichen den Fortbestand der vorhandenen Vielfalt" kennzeichne ein typisch nordrhein-westfälisches Merkmal, das er am Beispiel des Heine-Institutes verdeutlichen wolle. Wenn ein Kulturinstitut um seine Existenz bange, sei das natürlich. Wenn das Land einem solchen Institut die Angst zu nehmen versuche, indem es ihm garantiere, im Falle des Falles einzuspringen, wäre das eine Strategie, die das Land sehr bald an die Grenze seiner Möglichkeiten brächte und damit erst recht zu dem führen würde, was befürchtet werde. Das Heine-Institut sei ein Kind der Stadt Düsseldorf, die es sich nicht leisten könne, ihren großen Sohn Heinrich Heine zu vernachlässigen. Dies der Stadt klarzumachen, ihr andererseits aber auch Unterstützung zu gewähren, wenn sie Besonderes leiste, das schein ihm die richtige Tendenz der Landeskulturpolitik zu sein.

Die kulturellen Beziehungen zu Island hingen damit zusammen, daß die skandinavischen Länder junge Mitglieder der Europäischen Union seien, was eine Tendenz in die Richtung habe entstehen lassen.

Die Tatsache, daß die angesprochene Vielfalt existiere, bringe es auch mit sich, daß nicht alles, was im Land geschehe, nach einem großen, alles überragenden Plan statfinde. Er meine, daß dies der Kunst nicht schade; denn Kreativität zu planen sei ein Widerspruch in sich. An der einen Stelle mehr und an der anderen Stelle weniger oder gar nicht zu fördern - diese Instrumente seien unserer Kulturszene angepaßt.

Zu der von Frau Dr. Möhrmann kritisierten "Anonymität" der in der letzten Sitzung verteilten Tischvorlage stellt **Ministerialdirigent Kral (Kultusministerium)** fest, dies sei kein Versuch der Anonymisierung, sondern es sei vereinbart worden, daß das Papier ergänzend zur Einführungsrede des Staatssekretärs Dr. Besch, von diesem angekündigt, im Ausschuß verteilt werde.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Weil das Heine-Institut angesprochen worden sei, fühlt **Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD)** sich verpflichtet, seine Auffassung dazu, die er kürzlich auch bei einer Podiumsdiskussion in Düsseldorf vorgetragen habe, der Landesregierung gegenüber zum Ausdruck zu bringen. Das Land Nordrhein-Westfalen habe keine Systematik der literarischen Archive erstellt und auch den Kommunen gegenüber nicht deutlich gemacht, wie es literarische Nachlässe zu schützen gedenke. Es habe jedoch mit dem Düsseldorfer Heine-Institut eine Einrichtung, die sich bundesweit sehen lassen könne und eine Reihe von Landesaufgaben wahrnehme.

Er meine daher, daß das Land Nordrhein-Westfalen hinsichtlich dieses Institutes über kurz oder lang stärker mit der Stadt Düsseldorf werde kooperieren müssen. Immerhin bleibe dem Land damit erspart, eine eigene Einrichtung, wie sie auf Bundesebene mit Marbach existiere, zu schaffen.

Ausgehend vom Beispiel des Heine-Institutes bemerkt **Abgeordneter Dr. Horn (CDU)**, man erlebe zur Zeit, daß viele Kommunen angesichts ihrer finanziellen Schwierigkeiten versuchten, ihre Verpflichtungen so weit wie möglich zu reduzieren. Er bitte, von seiten des Landes alles zu tun, die Kommunen darin zu bestärken, derartige Aufgaben auch in schwierigen Zeiten wahrzunehmen, damit derartige Einrichtungen - möglichst natürlich mit Unterstützung des Landes - die gegenwärtige Phase der Dürre wenigstens überlebten.

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) stimmt Dr. Gerritz zutiefst darin zu, daß das Heine-Institut einer Unterstützung bedürfe. Nicht einverstanden sei sie mit der Auffassung des Ministers, daß der Leiter einer solchen Einrichtung Angst haben müsse und daß Unsicherheit sogar die Kreativität fördere. Auch in Zeiten der Dürre sollten alle sich darüber klar sein, was das Heine-Institut über die Stadtgrenzen hinweg leiste. Für sie sei es ein Signal nach draußen, daß die Sprecher von SPD und CDU erklärten, sie wollten das Heine-Institut besser unterstützt wissen.

Minister Schwier stellt fest, das Heine-Institut erhalte jährlich 100 000 DM aus der Landeskasse. Das bedeute, daß es über die Rolle und die Bedeutung dieses Institutes keinen Streit gebe. Wer aber verspreche, daß es 1995 mehr werde, setze sich der schwierigen Aufgabe aus, woanders etwas wegzunehmen; denn insgesamt lasse der Haushalt keine Steigerungen zu. Es sei jedoch richtig, bei allen Haushaltsbeschlüssen darauf zu achten, ob irgendwo ein wichtiges, unverzichtbares Stück unserer kulturellen Identität verlorenzugehen drohe.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-1g

Er bleibe auf der anderen Seite dabei, daß niemand so tun dürfe, als könne mindestens alles so bleiben, wie es sei; denn das sei erstens nicht möglich und zweitens vielleicht doch kreativitätsbehindernd. Seine Bemerkung zur Angst sei nicht so gemeint, daß er dem Heine-Institut Angst machen wolle, sondern dahin zu verstehen, daß das Land nicht für alle Kulturinstitute verschiedenster Träger als Garant auftreten könne. Das zu leisten sei es nicht in der Lage.

Abgeordneter Kuckart (CDU) fragt nach, ob der vom Minister genannte Förderbetrag von 100 000 DM für das Heine-Institut zutreffe; er habe im Haushalt nur 34 000 DM gefunden. - Die weitere Förderung geschehe aus Titelgruppen, antwortet **MDgt Kral (KM)**.

a) **Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Kulturrelevante Haushaltspositionen

Vorlage 11/3222

Kap. 02 010 Tit. 541 10:

Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) fragt, wie die auf Seite 19 des Erläuterungsbandes angeführte Relation zwischen den Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen von 150 000 DM und für Veranstaltungen für Konsularkorps von 50 000 DM in der Praxis aussehe. - Die Zahlen gingen auf Erfahrungswerte der letzten Jahre zurück, antwortet **Regierungsdirektor Feldkötter (StK)**. Er dürfe darauf hinweisen, daß das diplomatische Korps wesentlich größer sei als die Konsularvertretungen. Die Ausgaben für kulturelle Veranstaltungen seien für das jährlich stattfindende Fest im Schoß Augustusburg vorgesehen.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Kap. 02 040 Tit. 541 20 (bisher: Tit. 685 30):
Filmfestival Nordrhein-Westfalen

Auf Bitte der Abgeordneten **Dr. Möhrmann (CDU)** ergänzt **Oberregierungsrat Dr. Mai (StK)** die Ausführungen von Gruppenleiter Dr. Prodoehl in der letzten Sitzung (s. *APr 11/1332, S. 3 f.*) dahin gehend, daß die Gespräche mit der Stadt Köln über das neue Konzept des Filmfestivals gestern zu einem Ergebnis geführt hätten: Die Stadt habe signalisiert, daß sie in Zusammenarbeit mit der Kunsthochschule für Medien ein weiteres Filmfestival in Köln unterstützen werde. Man sei also bereit, dort eine zweite "Digitale" mit dem gleichen konzeptionellen Ansatz wie in diesem Jahr durchzuführen.

Kap. 02 040 Tit. 685 10:
Zuschuß an die Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) begrüßt im Grunde, daß die Filmstiftung 1995 vom Land nahezu 2 Millionen DM mehr erhalten werde. Das Problem sei die Disparität gegenüber den Zuwendungen an das Filmbüro Mülheim. Er wisse noch nicht, ob es gelingen werde - der Arbeitskreis seiner Fraktion werde aber zumindest den Versuch unternehmen, zusätzliche Mittel für das Filmbüro zur Verfügung zu stellen. Die Kritik an der nordrhein-westfälischen Filmpolitik werde so lange nicht nachlassen, wie der Eindruck entstehe, daß die einen ein bißchen auf Kosten der anderen lebten.

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) sieht ebenfalls die Filmstiftung positiv und meint zugleich, daß deren Zuwachs nicht auf Kosten der kulturellen Filmförderung gehen dürfe. Auch die fünf Filmwerkstätten, die die für das "Film- und Fernsehland Nordrhein-Westfalen" unerläßliche Ausbildung leisteten, dürften nicht vernachlässigt werden. Sie plädiere für eine ganzheitliche Sicht und hält es für notwendig, ein Konzept zu entwickeln, aus dem hervorgehe, wer was fördere. Der gegenwärtige Zustand sei unbefriedigend.

Der **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** erscheint die Aussage Dr. Prodoehls aus der letzten Sitzung, daß das Filmbüro quasi unter Patronage der Filmstiftung stehe, aber seine Eigenständigkeit nicht gefährdet sei, widersprüchlich und konfliktreich.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Sie problematisiert erneut den Automatismus, der auf dem WDR-Vertrag beruhe, wonach das Land seine Komplementärmittel immer im gleichen Maße steigern, wie sich die Leistungen des WDR erhöhten. Sie fragt, ob in den nächsten Jahren mit weiteren Steigerungen zu rechnen sei und, wenn ja, ob der Kulturausschuß nicht ein Interesse daran haben müsse, die vertraglichen Grundlagen zu verändern. Gegen einen so ungezügelter Automatismus wehre sie sich vor allem deshalb, weil diese Steigerungen ja letztlich aus dem Kulturhaushalt, der als "Steinbruch" diene, entnommen würden.

Wenn sich der Eindruck verfestigen sollte, daß der Kulturhaushalt als "Steinbruch" für die Filmstiftung diene, wird das nach Meinung des **Abgeordneten Dr. Gerritz (SPD)** in der Tat zu heftigen Diskussionen führen. Als problematisch empfinde er schon jetzt, daß die Filmstiftung zu dem Antrag, 300 000 DM für eine Grundausstattung der Filmwerkstätten mit zeitgenössischer Technik zur Verfügung zu stellen, erkläre, daß sie nur für High-tech zuständig sei. Und wenn die Filmstiftung für die Modernisierung der Technik in einem Vorstadtkino Mittel bereitstelle, müsse sie erst recht darüber nachdenken, ob sie nicht auch die Ausstattung der Filmwerkstätten zu ihrer verpflichtenden Aufgabe mache.

Unter Bezugnahme auf die Ausführungen Dr. Prodoehls in der letzten Sitzung möchte **Abgeordneter Dorn (F.D.P.)** genau wissen, welcher Betrag bisher von der Staatskanzlei den Filmstudios in Potsdam-Babelsberg zur Verfügung gestellt worden sei.

Da er von Auseinandersetzungen zwischen der Filmstiftung und einigen Betrieben erfahren habe, weil angeblich Veranstalter oder technische Betriebe außerhalb Nordrhein-Westfalens Millionenbeträge von der Filmstiftung erhalten hätten, möchte er zweitens gerne wissen, wie viele Mittel denn in andere Länder geflossen seien.

Regierungsrat Weiland (StK) bestätigt den mehrfach geäußerten Eindruck, daß eine klare Trennlinie zwischen kultureller und wirtschaftlicher Filmförderung nicht erkennbar sei. In der Arbeit der Filmstiftung spielten kulturelle Aspekte eine erhebliche Rolle. Die Abgrenzung sei ein schwieriges Problem. Deshalb gebe sich die Landesregierung nicht der Illusion hin, eine solche Abgrenzung in jedem Einzelfall treffen zu können, sondern sie verstehe Filmförderung als interdisziplinäre Aufgabe, bei der das Kultusministerium und die Staatskanzlei zusammenarbeiteten, im Einzelfall auch das Wirtschaftsministerium eine beratende Funktion wahrnehme und der Bereich der Aus- und Fortbildung eine wichtige Rolle spiele.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Was den von Frau Schumann angesprochenen Förderautomatismus zwischen Land und WDR angehe, bitte er den Effekt zu bedenken, der daraus erwachse, daß zu jeder Mark, die das Land einzahle, der WDR eine Mark dazugebe. Er meine deshalb, daß die Partnerschaft zwischen Land und WDR sorgfältig gepflegt werden müsse.

Im übrigen sei der Anstieg der Landesmittel nicht allein mit dem Anstieg der WDR-Mittel zu begründen, sondern auch aufgrund der Konkurrenzsituation zwischen Nordrhein-Westfalen und anderen Filmregionen in Deutschland und in Europa gerechtfertigt. In Berlin werde eine neue Filmförderungsinstitution am Jahresende ihre Arbeit aufnehmen, und in Hamburg werde ebenfalls ein neuer Anlauf unternommen, so daß sich die nordrhein-westfälische Filmwirtschaft Anfang 1995 in einem neuen Konkurrenzumfeld bewegen werde.

Die Vermutung des Abgeordneten Dorn, daß Unternehmen aus anderen Ländern Fördermittel der Filmstiftung erhielten, könne so nicht zutreffen. Die Richtlinien sähen vor, daß das Eineinhalbfache des Förderbetrages in Nordrhein-Westfalen verausgabt werden müsse. Wenn Nordrhein-Westfalen als filmwirtschaftlicher Standort ausgebaut werden solle, sei es jedoch erforderlich, daß nordrhein-westfälische Unternehmen mit erfahreneren und erfolgreichen Unternehmen aus anderen Regionen kooperierten. Dies geschehe mit der Perspektive, die Filminfrastruktur in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln.

RD Feldkötter (StK) macht auf die Fragen der Abgeordneten Schumann ergänzend deutlich, daß die Erhöhung der Zuschüsse an die Filmstiftung im Jahre 1995 auf einen Sondertatbestand zurückzuführen sei, der sich in dieser Form nicht wiederholen werde. Die Staatskanzlei gehe davon aus, daß sich der Anstieg der Förderung nicht in dieser Größenordnung fortsetzen werde.

Der Redner versichert, daß die Ansatzserhöhung bei der Filmstiftung nicht auf Kosten des Kulturhaushalts gehe. Im Einzelplan 02 seien Prioritäten in der Form gesetzt worden, daß bei der Filmstiftung eine Erhöhung erfolge, bei der Landeszentrale für politische Bildung und anderswo jedoch Kürzungen vorgenommen würden.

Auf Nachfragen des **Abgeordneten Dorn (F.D.P.)** präzisiert **RR Weiland (StK)** seine Aussagen bezüglich der in andere Länder geflossenen Mittel dahin gehend, daß selbstverständlich auch Unternehmen, die ihren Hauptunternehmenssitz außerhalb Nordrhein-Westfalens hätten, Fördermittel erhalten hätten. Die Begründung sei, daß nordrhein-westfälische Unternehmen in der Zusammenarbeit mit diesen großen

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Filmunternehmen erst einmal Erfahrungen sammeln und in das große Filmgeschäft hineingebracht werden müßten. Im übrigen werde der NRW-Effekt selbstverständlich auch von diesen Unternehmen eingefordert.

Außerdem erklärt der Redner sich bereit, die exakte Höhe der nach Babelsberg geflossenen Mittel nachzuliefern.

MDgt Kral (KM) bemerkt auf die Kritik Frau Dr. Möhrmanns, daß es an einem Konzept fehle, zwischen Kultusministerium und Filmstiftung gebe es, auch in inhaltlichen Fragen, in der Gegenwart - wie auch in der Vergangenheit - eine gute Zusammenarbeit.

Was die Bemerkung angehe, der Kulturhaushalt sei ein "Steinbruch", könne er die Angabe von RD Feldkötter bestätigen, daß die Veränderungen im Einzelplan der Staatskanzlei in keinem Zusammenhang mit Veränderungen im Einzelplan des Kultusministers stünden. Der Kulturhaushalt müsse also nicht die Erhöhung bei der Filmstiftung bezahlen.

Minister Schwier sieht es positiv, daß in Nordrhein-Westfalen zwei selbständige Institutionen für die Filmförderung zuständig seien. Daß beim Filmbüro der kulturelle und bei der Filmstiftung der wirtschaftliche Aspekt im Vordergrund stehe, schein ihm richtig zu sein.

Ungeachtet dessen seien beim Film - für ihn sei der Film die Kunstsparte des 20. Jahrhunderts - manche Aufgaben noch nicht befriedigend gelöst. Er nenne das Problem der Filmarchivierung. Die Formen der Zusammenarbeit etwa mit dem Filminstitut in Düsseldorf zu verbessern - und das so preisgünstig wie möglich - sei eine Aufgabe, der sich alle Beteiligten gemeinsam annehmen müßten.

In dem Zusammenhang bittet **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)**, eine Information darüber nachzureichen, was in dem geplanten Filmpark Bottrop filmwirtschaftlich geschehen solle.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

b) Einzelplan 05 - Kultusministerium

Kulturetat

Vorlagen 11/3190, 11/3241 und 11/3308

Kap. 05 010 Tit. 531 20:

Öffentlichkeitsarbeit des Kultusministeriums

Die Frage des **Abgeordneten Dr. Gerritz (SPD)**, ob die neue Methode der Öffentlichkeitsarbeit mit der Zeitschrift "KulturTrip" fortgesetzt werde, bejaht **MDgt Kral (KM)**; diese Reihe werde allerdings aus Titelgruppe 92 des Kap. 05 820 finanziert.

Kap. 05 030 Tit. 685 30:

Anteiliger Zuschuß des Landes für die Stiftung "Preußischer Kulturbesitz"

Warum - laut Hinweis in den Erläuterungen - die Einzelheiten der Finanzierung neu geregelt werden müßten, fragt **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)**. - **MDgt Kral (KM)** gibt Auskunft, die von den Ländern aufzubringende Summe, die bereits bei über 60 Millionen DM gelegen habe, sei durch Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz für eine gewisse Zeit auf 60 Millionen DM festgelegt worden. Zur Zeit werde noch zwischen Bund und Ländern darüber diskutiert, inwieweit die verbleibende Differenz vom Bund ausgeglichen werde.

Abgeordneter Dr. Horn (CDU) hätte darüber gern so bald wie möglich genaue Informationen. - **MDgt Kral (KM)** verweist auf die Ausführungen des Staatssekretärs in der letzten Sitzung (s. *APr 11/1332, S. 10 f.*). Seitdem sei nichts passiert; über den Fortgang der Gespräche werde das Ministerium den Ausschuß informieren.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Kap. 05 030 Tit. 685 52:

Anteil des Landes an der Kulturstiftung der Länder

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) wünscht erstens zu erfahren, wie sich der Rückzug des Bundes aus der Kulturförderung auf die Arbeit der Kulturstiftung der Länder auswirke, und zweitens, ob der 1995 eingesparte Beitrag des Landes im Kulturhaushalt verbleibe oder vom Finanzminister vereinnahmt werde.

Hier werde nichts gespart, sondern der Beitrag sei gesenkt worden, bemerkt **Minister Schwier**. Er wolle nicht die Gegenrechnung kassieren, wenn sich irgendwo Beiträge erhöhten.

MDgt Kral (KM) stellt fest, es gebe ein Mitwirkungsabkommen des Bundes und der Länder, in das die ehemaligen reinen Bundesförderungen, die durch die Länder mitverwaltet würden, aufgenommen worden seien. Der Betrag sei in den letzten Jahren stark gestiegen, in diesem Jahr allerdings auf Bundesebene wegen der Haushaltskonsolidierung gesunken. Die Reduzierung sei gleichmäßig auf die Bereiche verteilt worden, die zur ehemaligen Bundesförderung gehörten. Der Bereich, an dem das Land Nordrhein-Westfalen durch Mitgliedsbeitrag beteiligt sei, habe keine Reduzierung erfahren.

Kap. 05 610 Tit. 684 16:

Beihilfen für Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) erinnert an die im Vorjahr geführte Diskussion und die briefliche Zusage des Ministerpräsidenten, sich für eine andere Regelung einzusetzen. Er habe nichts gegen die Ansatzserhöhungen zugunsten der großen Kirchen sowie der durch Zuwanderer anwachsenden jüdischen Kultusgemeinden. Bei dem größeren Teil der Zuwanderer aus den osteuropäischen Staaten handle es sich jedoch um Anhänger freikirchlicher protestantischer Vereinigungen. Nun ausgerechnet bei den Beihilfen für solche Religionsgemeinschaften Kürzungen vorzunehmen, sei genau das Gegenteil von dem, was der Kulturausschuß gefordert habe. Er werde dem im Plenum widersprechen und sich auch auf die Zusage des Ministerpräsidenten beziehen, denn er halte das für eine unerträgliche Entscheidung.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) pflichtet dem bei und möchte wissen, welche Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen Beihilfen erhielten und nach welchen Kriterien hier gekürzt werden solle.

Ergänzend weist **Abgeordneter Dr. Horn (CDU)** darauf hin, daß Zuwanderergruppen aus osteuropäischen Staaten oft sehr viel Eigenleistungen aufbrächten, um Gemeindezentren zu errichten; aber wenn sie öffentliche Mittel beantragten, blieben ihnen alle Türen verschlossen. Er meine ebenfalls, daß diese Menschen von der öffentlichen Förderung nicht ausgeschlossen werden dürften.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) plädiert für eine Trennung von Kirche und Staat. Sie bitte bei der Diskussion um Verteilungsgerechtigkeit auch zu berücksichtigen, daß manche dieser kirchlichen Gemeinschaften erhebliche Zuschüsse für Schulbaumaßnahmen erhielten. In Ostwestfalen sei in dieser Hinsicht eine "blühende Landschaft" entstanden - teilweise zu ihrem Entsetzen, wenn sie sich die Bildungsprogramme ansehe.

Im übrigen sei Verteilungsgerechtigkeit schwer herzustellen, wenn unterschiedliche Vertragsgrundlagen existierten. Ihr Anliegen sei nicht, alle Religionsgemeinschaften den großen Kirchen gleichzustellen, sondern, das 19. Jahrhundert aufzuarbeiten und aus alten Verträgen herauszukommen.

Abgeordnete Pazdziora-Merk (SPD) schließt die Frage an, ob die Landesregierung weitere Vereinbarungen mit religiösen Einrichtungen plane, die auf eine Dotation hinausliefen.

Minister Schwier stellt fest, der Landtag könne nicht über den Haushalt Staatsverträge ändern, wie es sie mit der Katholischen Kirche, den Evangelischen Kirchen und den jüdischen Kultusgemeinden gebe. Alle sonstigen Leistungen an Religionsgemeinschaften beruhten entweder auf Gesetz - das gelte z. B. für die Errichtung von privaten Schulen - oder seien, wie die unter Titel 684 16 aufgeführten Beihilfen, freiwilliger Natur. Er warne vor der Annahme, daß alle Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen in den gleichen Stand gesetzt werden könnten, wobei dann die besten Konditionen die Meßlatte seien. Dafür reiche der Kulturhaushalt nicht aus.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Eine Aufstellung darüber, wer wieviele Beihilfen erhalten habe, könne das Ministerium nachliefern.

Leitender Ministerialrat Starzinger (KM) kann sich an eine Zusage des Ministerpräsidenten, daß sich das, was in den letzten Haushaltsberatungen diskutiert worden sei, im Haushaltsentwurf 1995 in Form veränderter Zahlen niederschlage, nicht erinnern. Es sei wohl zugesagt worden, die Rechtslage zu prüfen.

Die Erhöhungen der Zuschüsse an die Evangelischen Kirchen und die Katholische Kirche beruhten darauf, daß sie entsprechend den Steigerungen bei der Beamtensbesoldung anzugleichen seien; die Steigerung bei den Zuschüssen für die jüdischen Kultusgemeinden sei das Ergebnis des abgeschlossenen Staatsvertrages. Demgegenüber habe bei den Beihilfen für Religionsgemeinschaften und Weltanschauungsvereinigungen aufgrund der Vorgaben für die Haushaltsgestaltung 1995 eine Reduzierung vorgenommen werden müssen.

Ministerialrat Dr. von Schroeter (KM) antwortet Frau Pazdziora-Merk, die orthodoxen Kirchen hätten sich in den letzten Wochen zu einer Organisation mit Sitz in Münster zusammengeschlossen. Er gehe davon aus, daß das auch zu finanziellen Forderungen gegenüber dem Land führen werde, wobei das Land schon in der Vergangenheit auf freiwilliger Basis orthodoxe Kirchen unterstützt habe.

Weiter weist der Redner darauf hin, daß Anträge zweier islamischer Institutionen vorlägen, den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu erhalten. Ob diesem Anliegen entsprochen werden könne, werde mit den anderen 15 Bundesländern abgestimmt.

Abgeordneter Dr. Horn (CDU) entgegnet Frau Schumann, den freikirchlichen Gemeinden gehe es nicht darum, daß neue Kirchenverträge abgeschlossen und Dauerleistungen erbracht würden, sondern allein um Zuschüsse für konkrete Maßnahmen wie die Errichtung eines Bethauses.

Ob die Position des Kultusministeriums haltbar sei, müßte nach Meinung des **Abgeordneten Dorn (F.D.P.)** diskutiert werden. Es könne nicht angehen, daß den Menschen, die aufgrund ihres Selbstverständnisses keine Dauer-Forderungen an den Staat richteten, mit ihren Problemen völlig alleingelassen würden, die andere mit Millionen-

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

betragen gelöst bekämen. Hier sei Flexibilität notwendig. Es gehe in der Tat um die Gleichbehandlung von Menschen in unserem Staat, und dieses Argument könne man nicht mit dem Hinweis auf historische Gründe abtun.

Kap. 05 610 Tit. 893 10:

Zuschuß an die jüdische Kultusgemeinde "Bochum-Herne-Recklinghausen" für den Neubau einer Synagoge in Recklinghausen

Auf entsprechende Frage des **Abgeordneten Dr. Gerritz (SPD)** trägt **MR Dr. von Schroeter (KM)** vor, bereits Mitte 1992 sei die Gemeinde aufgefordert worden, detaillierte Planungen vorzulegen. Das sei jedoch nicht geschehen; offenbar habe ein Architekt die Gemeinde falsch beraten. Obwohl die Gemeinde inzwischen den Architekten gewechselt habe, werde es zu einem Bedarf der im Haushaltsplan 1994 veranschlagten Mittel nicht mehr kommen.

Die jüdische Gemeinde habe jetzt beantragt, von den für 1994 vorgesehenen Mitteln von 950 000 DM im Jahre 1995 650 000 DM verbauen zu dürfen. Es sei noch offen, ob dieser Wunsch in die von der Landesregierung in Kürze zu verabschiedende Ergänzung des Haushalts aufgenommen werden könne. Wenn nicht, bleibe noch die Möglichkeit einer entsprechenden parlamentarischen Initiative.

Der Redner betont, daß sich die Landesregierung mehrfach bemüht habe, Klarheit zu bekommen. Entlastend für die Gemeinde sei, daß dort die gesamte Arbeit ehrenamtlich geleistet werde.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) bittet weiter, hinsichtlich des geplanten Baues eines jüdischen Gemeindezentrums in Dortmund die Situation zu erläutern. - Nach Angaben des **MR Dr. von Schroeter (KM)** ist auch hier noch offen, ob der Wunsch auf Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung für 1996 in Höhe von 2 Millionen DM im Ergänzungshaushalt berücksichtigt werden kann. Die Alternative wäre auch hier gegebenenfalls eine Initiative aus dem Parlament.

Zu dem in der letzten Sitzung erörterten Projekt eines Kulturzentrums der jüdischen Gemeinde Mülheim-Duisburg-Oberhausen (s. *APr 11/1332, S. 19 f.*) gibt **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** bekannt, daß inzwischen ein Ratsbeschluß der Stadt

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Duisburg vorliege, sich daran zu beteiligen. Die Frage sei jetzt, ob noch in diesem Jahr Verhandlungen möglich seien, so daß die Gemeinde 1995 mit dem Bauvorhaben beginnen könne. Nach ihren Informationen könnten Pläne der Gemeinde unverzüglich vorgelegt werden.

Es sei natürlich möglich, Gespräche zu führen, antwortet **MR Dr. von Schroeter (KM)**. Wie groß die Realisierungschancen für 1995 seien, vermöge er aber nicht zu beurteilen.

Minister Schwier versichert, zu Gesprächen mit jüdischen Kultusgemeinden sei das Ministerium immer bereit - auch zur Beratung; denn die Träger verfügten auf diesem Feld in der Regel über wenig Erfahrungen. Andererseits dürften im Haushalt keine "Luftbuchungen" erfolgen, sondern nur Positionen aufgenommen werden, die realisierbar erschienen. Falls die Maßnahmen in der Zeit seit Aufstellung des Haushaltsentwurfs Bewilligungsreife erlangt hätten, werde er versuchen, sie in die Haushaltsergänzung hineinzubringen.

Auf die Frage der **Abgeordneten Keller (CDU)**, wie viele jüdische Gemeinden es in Nordrhein-Westfalen gebe und wie groß sie seien, kann **MR Dr. von Schroeter (KM)** keine konkreten Zahlen nennen. Gesprächspartner für die Landesebene seien die Landesverbände für Westfalen und für das Rheinland sowie die - eigenständige - jüdische Kultusgemeinde in Köln. In den letzten Jahren habe sich vielerorts die Zahl der Gemeindemitglieder insbesondere durch Zuwanderer aus Rußland mehr als verdoppelt. Die Gemeinden unternähmen große Anstrengungen, um die daraus resultierenden sprachlichen und sozialen Probleme zu bewältigen. Als Folge von Attentaten würden auch Forderungen nach stärkeren Sicherungsmaßnahmen erhoben; das Land sehe es als seine Aufgabe an, diese Maßnahmen zu finanzieren.

Aufgrund der anhaltenden Zuwanderung sei in den nächsten Jahren mit einer vermehrten Bildung jüdischer Gemeinden und entsprechenden Anträgen auf Bezuschussung des Baus neuer Synagogen zu rechnen. Der Finanzminister habe signalisiert, daß für diesen Zweck etwa 2 Millionen DM pro Jahr zur Verfügung gestellt werden könnten.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Kap. 07 750:

Staatliche Archive, Archivwesen

Unter Hinweis auf das beim Besuch des Hauptstaatsarchivs aufgeworfene Problem der Raumkapazität wirft **Abgeordneter Dr. Horn (CDU)** die Frage auf, ob es nicht sinnvoll sei, seitens des Landes zentrale Magazinräume zu erstellen, in denen verschiedene Archive Aktenbestände unterbringen könnten.

Ministerialrat Dr. Schmitz (KM) ist überzeugt, daß die kommunalen Archive kaum gewillt seien, ein zentrales Magazingebäude in Anspruch zu nehmen. Er warne aber auch im Hinblick auf die Nutzung vor einer zentralen Magazinierung, denn in einem außerhalb der Grenzen des Zuständigkeitsbereichs des Archivs liegenden Mammut-Magazin könne eine inhaltliche Beratung durch den betreuenden Archivar kaum gewährleistet werden.

Kap 05 750 Tit. 811 10, 812 10 und 812 20:

Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen

Erwerb bzw. Ergänzung und Erneuerung von Geräten und Ausstattungsgegenständen

Angesichts der Tatsache, daß viele Geräte und Ausstattungsgegenstände in den Magazinen erneuerungsbedürftig seien, kann **Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU)** nicht nachvollziehen, daß etwa bei Titel 812 20 eine Kürzung erfolge, während zugleich ein neuer Dienstkraftwagen angeschafft werden solle. Sie plädiert dafür, der Sanierung Priorität vor der Neuanschaffung einzuräumen.

Die Kürzung von 40 000 DM bei Tit. 812 20 ist nach den Worten von **MR Dr. Schmitz (KM)** zwar eine herbe Einbuße; sie werde aber teilweise wettgemacht durch die Ansatzserhöhung bei Tit. 812 10, der damit zusammen zu betrachten sei. Das Dienstkraftfahrzeug sei erforderlich, damit die Archivalien aus den Behörden herangeholt werden könnten.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Kap. 05 760 Titelgruppe 60:
Zur Förderung des Bibliothekswesens

Nach den Kürzungen im Jahre 1994 ist die für 1995 vorgesehene Kürzung um 1,38 Millionen DM nach Meinung des **Abgeordneten Dorn (F.D.P.)** ein Schlag, der wirklich ins Kontor gehe. Wenn man sehe, wie zugleich auf kommunaler Ebene gekürzt werde und in welchem Umfang die Büchereibusse vor allem in den Landkreisen ihre Fahrten einstellten, könne man von der Förderung des "Kulturgutes Lesen" nun nicht mehr allzuviel erhoffen. Wenn der Landtag dies akzeptiere, gebe es für viele Bereiche nicht mehr die Glaubwürdigkeit, die er brauche, um arbeiten zu können.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) führt aus, als er diese Haushaltsposition gesehen habe, habe er sich der Jahre 1981/82 erinnert, als die Bibliotheksausgaben um 75 % reduziert worden seien. Nachdem der Kulturausschuß in den Folgejahren nach und nach wieder Erhöhungen erreicht habe, würden nun in zwei Jahren wieder Kürzungen um rund 40 % vorgenommen. Er bedauere, daß er sich nicht stärker für ein Bibliotheksgesetz eingesetzt habe. Hier gehe es an die Basis. Der Arbeitskreis seiner Fraktion werde sich bemühen, ein wenig zu korrigieren; er hoffe, daß sich der Landtag das nicht gefallen lasse.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) freut sich über die Empörung ihrer Vorredner. Die Kürzungen bedeuteten eine Erosion der kulturellen Grundversorgung. Heute morgen habe der Ministerpräsident in seiner Festrede zum 20jährigen Jubiläum des Kultursekretariats ausgeführt, die Kulturpolitik habe über Schwerpunktbildung in den Haushalten dafür Sorge zu tragen, daß keine wichtigen Strukturen schleichend abgebaut würden. Hier gehe es nicht um "schleichenden" Abbau: Inzwischen werde über Schließungen von Stadtteilbibliotheken nicht nur geredet, sondern sie würden vollzogen.

Sie wüßte gern, wie groß die Zahl der Bibliothekseinrichtungen sei, die die Kommunen in den letzten Jahren bereits geschlossen hätten.

Der geballten Empörung kann **Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU)** nur die Empörung ihrer Fraktion hinzufügen. Hier gehe es um die Substanz, die angeblich nicht

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

angetastet werden sollte. Es sei wichtig, als Signal nach draußen zu senden, daß die Sprecher aller Fraktionen diese Kürzungen nicht akzeptieren könnten.

Minister Schwier nimmt die Empörung zur Kenntnis; lieber wären ihm allerdings 1,38 Millionen DM. Wenn kein Deckungsvorschlag gemacht werde, werde die Empörung nicht haushaltsrelevant.

Diese 20%ige Kürzung sei seines Erachtens kein Anlaß, die Bibliotheksstruktur im Lande in Gefahr zu sehen; denn die Landeszuschüsse machten insgesamt nur 2 % der Bibliotheksausgaben aus. Dabei gehe es um Neuanschaffungen. Natürlich sei eine Bibliothek, die sich jahrelang nur unvollkommen ergänzen könne, keine gute Bibliothek mehr, aber es sei noch eine.

Die genannten 2 % seien relativ, entgegnet **Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD)**. Er kenne Fälle, in denen nur das engagierte Eintreten der Bibliotheksreferentin des Ministeriums kleinere Gemeinden davon abgehalten habe, Bibliotheken ganz zu schließen. Sie habe jeweils zugesichert, daß das Land bei den Neuanschaffungen mit 50 % helfe.

Zwar müßten sich kleinere Gemeinden manchmal zu Recht Kritik gefallen lassen, weil sie ihre kulturpolitische Verantwortung nur unzulänglich wahrnahmen. Eine solche Reduzierung der Landeszuschüsse berge aber jedenfalls die Gefahr, daß sich gerade kleinere Städte und Gemeinden auf das Subsidiaritätsprinzip beriefen und dieses Feld den Kirchen überließen oder sogar völlig aus der Literaturversorgung ausschieden. Dann fange das Land in der nächsten Legislaturperiode bei Null wieder an.

Die Frage nach den Schließungszahlen kann **Ministerialrätin Dr. Galsterer (KM)** im Moment nicht beantworten. Manche Kommunen hätten die Kommunalwahl abgewartet, bevor es jetzt möglicherweise zur Sache gehe. Eine Umfrage bei 20 großstädtischen Bibliotheken habe das Ergebnis erbracht, daß allein in diesen 20 Großstädten in diesem Jahr 100 Einrichtungen - Zweigstellen, Busse - geschlossen worden seien.

Das Land zahle nur Zuschüsse zum Erwerbsetat, und das auch nur, wenn die Bibliotheken bestimmte Mindestanforderungen erfüllten. Kritisch sei es in der Tat bei kleineren Bibliotheken der Grundversorgung, bei denen die Landeszuschüsse 50 bis 80 % des Erwerbsetats ausmachten. Die staatlichen Büchereistellen bemühten sich, den Kommunen über diese Durststrecke hinwegzuhelfen.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) ist mit der Argumentation des Ministers nicht zufrieden. Er frage sich, ob jemand, der mit der Grundeinstellung "nur 2 %" in eine Diskussion hineingehe, in der Lage sei, seine Forderungen nachdrücklich zu vertreten.

Der Redner nennt ein Beispiel: Der Verband Deutscher Schriftsteller habe Ende letzten Jahres begonnen, mit Unterstützung prominenter Schriftsteller, Bibliotheksdirektoren usw. Veranstaltungen im ganzen Bundesgebiet durchzuführen. Auf diese Aktion hätten etliche Bundesländer - unter ihnen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Thüringen - positiv, nämlich mit einer stärkeren Unterstützung des Bibliothekswesens, reagiert. Nordrhein-Westfalen verfare genau umgekehrt.

Minister Schwier räumt ein, auch er sei mit dem Haushaltsentwurf nicht zufrieden, und er wolle ihn nicht schönreden. Diese Reduzierung der Landeszuschüsse sei sicherlich kein positives Zeichen - er glaube aber andererseits nicht, daß sie Anlaß für die Schließungen seien, sondern er fürchte, daß die Kommunen Schließungen auch dann vollzögen, wenn die Landesmittel nicht gekürzt würden.

Bei einem Vergleich mit den neuen Bundesländern bitte er zu bedenken, daß die Finanzkraft der dortigen Gemeinden mit der der nordrhein-westfälischen Gemeinden nicht zu vergleichen sei. Dort geschehe nichts, wenn kein Geld vom Land fließe.

Kap. 05 770:

Staatliche Büchereistellen

Den **Abgeordneten Dr. Gerritz (SPD)** interessiert, was die laufende Strukturuntersuchung bisher ergeben habe. Er wolle verhindern, daß Strukturpolitiker am Kulturausschuß vorbei womöglich Fakten schafften, die der Kulturausschuß vor gut zehn Jahren verhindert habe.

MR'in Dr. Galsterer (KM) bestätigt, daß auf Antrag des Regierungspräsidenten Münster beim Arbeitsstab Aufgabenkritik im Finanzministerium angeregt worden sei, die staatlichen Büchereistellen zu überprüfen. Die Untersuchung sei an eine auswärtige Firma vergeben worden. Mit Ausnahme vorbereitender Arbeiten sei bislang noch nichts geschehen.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Kap. 05 820 Tit. 653 10:

Zuweisungen an Gemeinden zur Förderung von Einrichtungen zur Organisation überörtlicher kultureller Zusammenarbeit

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) bemerkt, die Jubiläumsfeier "20 Jahre Kultursekretariat", die heute morgen stattgefunden habe, passe nicht dazu, daß im Landtag eigentlich der Krieg gegen die Kultursekretariate erklärt worden sei. Sie könne nicht nachvollziehen, daß auf der einen Seite Kooperation gepredigt werde, auf der anderen Seite aber die Instrumente, die zur Organisation von Kooperation notwendig seien, handlungsunfähig gemacht würden.

Sie habe aus dem Sekretariat Gütersloh gehört, daß die Förderung der freien Theater eingestellt werde, und aus Wuppertal erfahren, daß bei der Fortbildung sowie bei Pop-, Jazz- und anderen Veranstaltungen erheblich gekürzt werde. Der dadurch entstehende Schaden sei noch gar nicht überschaubar. Die heute morgen gehaltenen Lobreden seien ein schlechter Scherz, wenn man nachlese, was im Haushaltsentwurf 1995 stehe.

Seiner Meinung nach habe im Ausschuß kein "Krieg" gegen die Kultursekretariate stattgefunden, entgegnet **Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD)**. Wohl habe er sich angesichts der Art der Darstellung des Vertreters eines der Kultursekretariate gehärgnischt geäußert.

Richtig sei, daß in schwierigen Zeiten Kooperation notwendiger denn je sei und institutionalisierte Kooperation unterstützt werden müsse.

Nach 20 Jahren Kultursekretariat Wuppertal sei es allerdings angebracht, die Art und Weise der Arbeit einmal zu überprüfen. Wenn ein Kultursekretariat einen beträchtlichen Teil seiner Mittel dazu verwende, Teams zusammenzustellen, um Dinge zu organisieren frage er, warum nicht auf das Know-how der Kommunen zurückgegriffen werde, in denen es Fachleute gebe.

Auch wenn er sich den Katalog von "Theaterzwang" ansehe und feststelle, daß erstens die Kooperative Freier Theater in Herne, zweitens das Büro für freie Kulturarbeit in Dortmund, drittens ein Kultursekretariat und viertens eine weitere Institution beteiligt sei, frage er sich nach der Sinnhaftigkeit eines solchen Projekts. Seines Erachtens genüge es, wenn eine Institution dies leiste. Wenn vier Einrichtungen, die alle am Tropf des Landes hingen, daran beteiligt seien, sei das für ihn eine Vergeudung von Geld und Personal.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Er meine deshalb, daß unter Strukturgesichtspunkten mit den Sekretariaten, insbesondere dem Sekretariat Wuppertal, zu reden sei, denn dort gebe es Einsparungsmöglichkeiten. Wenn diese realisiert seien, könne dem Kulturausschuß einmal berichtet werden. - Gleichwohl sei Kooperation nötig.

Vorsitzende Matthäus teilt mit, daß bei der Jubiläumsveranstaltung heute morgen ein Fünf-Punkte-Programm vorgetragen worden sei, das auf mehr Effizienz hindeute. Der Ausschuß werde es in nächster Zeit erhalten.

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) erkennt eine neue Bürokratisierung im künstlerischen Bereich. Der Landtag kritisiere die Bürokratisierung überall; dann müsse es möglich sein, auch die Kultursekretariate darauf hinzuweisen, daß es so nicht gehen könne. Es sei nicht notwendig, fünf Büros zu installieren, damit eines funktioniere.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) bezeichnet es als sinnvoll, daß ein Kultursekretariat, wenn es um die Förderung der freien Szene gehe, mit den Vertretern dieser Szene zusammenarbeite. Und daß die freie Szene sich in selbstverwalteten Einrichtungen organisiere, finde sie ebenso notwendig. Es sei jedenfalls kein Zeichen für Bürokratisierung, wenn verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Interessen zusammenkämen.

Für problematisch halte sie, daß die Landesregierung, wenn sie meine, auf Effizienzsteigerung hinarbeiten zu müssen, ins Blaue hinein kürze, ohne zu wissen, ob nachher überhaupt effizienter gearbeitet werden könne. Daß bestimmte Förderungen wegfielen, treffe vor allem die freie Szene.

Minister Schwier stellt fest, Mitglieder der Kultursekretariate seien die Kommunen. Die Sekretariate hätten die Aufgabe, mit Unterstützung des Landes Zusammenarbeit zu organisieren. Zweck derartiger Einrichtungen - das gelte auch für die Kooperative Freier Theater in Herne und das Büro für freie Kulturarbeit in Dortmund - sei nicht, daß die Büros selbst funktionierten, sondern das, was diese in Gang setzten. Sicherlich sei in der Anlaufphase ein gewisser bürokratischer Schwerpunkt notwendig, der aber wieder schrumpfen müsse, um Geld für kulturelle Aktivitäten zu haben.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Seine Kritik verdeutlicht **Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD)** an einem weiteren Beispiel: Das Kultursekretariat habe, was sehr verdienstvoll sei, dreimal einen "Autorenreader" herausgegeben; die Literaturbüros hätten dafür die Vorarbeit geleistet. Aufgrund eines Dissenses mit dem Leiter des Wuppertaler Kultursekretariats seien dann die Literaturbüros ausgeladen worden, und jetzt werde der Reader von einer Jury gemacht, die finanziert werden müsse. Diese Jury werde wiederum von den Literaturbüros beraten, die zuvor diese Arbeit kostenlos geleistet hätten. Hier beginne der Wahnsinn Methode anzunehmen.

MDgt Kral (KM) legt dar, die Kürzungen bei den Kultursekretariaten seien eine Konsequenz aus den Aufstellungsvorgaben der Landesregierung, die Kürzungen zwischen 10 und 30 % vorsähen. Hier habe man sich auf das Mittel von 20 % geeinigt. Die Kultursekretariate seien auch nach dieser Kürzung in ihrer Struktur nicht betroffen, denn mit der verbleibenden Summe könnten sie die Organisation von Zusammenarbeit zwischen Kulturdezernaten und -ämtern sehr wohl leisten. Die Frage sei natürlich, inwieweit mit diesen Mitteln noch Großprojekte finanziert werden könnten. Im übrigen sei die Effizienz des Mitteleinsatzes ein wichtiger Aspekt.

Wenn die Landesregierung an den Stellen, an denen die Einrichtung als solche nicht betroffen sei, sondern - so auch die Einschätzung des Geschäftsführers eines der Kultursekretariate - weiterarbeiten könne, frage sich, wo überhaupt noch Kürzungen vorgenommen werden sollten.

Ministerialrat Hoffmann (KM) stellt ergänzend fest, das Kultursekretariat - das über die Vergabe seiner Mittel eigenständig entscheide - habe gerade im Bereich der freien Szene überproportional gekürzt. Dieses Kürzen habe es aber nicht auf sich genommen, sondern dabei auf das Land verwiesen. Das Land habe demgegenüber im Bereich der freien Theater so gut wie nicht gekürzt, sondern es geschafft, den Ansatz in etwa zu halten. Es mache die Zusammenarbeit etwas schwierig, wenn ein Partner sich anders verhalte und die Verantwortung dafür auf den anderen Partner übertrage.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Kap. 05 820 Tit. 813 00:

Zum Ankauf von Kunstwerken für die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) weist darauf hin, daß außer aus diesem Ansatz von 2,2 Millionen DM der "Ankauf für die Kunstsammlung" laut Hinweis auf Seite 101 des Erläuterungsbandes auch aus Titelgruppe 92 gefördert werden solle. Sie plädiere für Haushaltsklarheit und möchte deshalb gerne wissen, warum die Finanzierung der Ankäufe aus zwei Haushaltspositionen erfolge.

MDgt Kral (KM) führt aus, entsprechend den Aufstellungsrichtlinien sei beim Ankaufstitel 813 00 eine erhebliche Kürzung erfolgt und damit auch dem Wunsch des Kulturausschusses aus dem Vorjahr entsprochen worden, die Ankaufsmittel für die Kommunen und die der Kunstsammlung anzugleichen.

Wenn darüber hinaus besondere Dinge anstünden, die über die Möglichkeiten dieses Ansatzes hinausgingen, versuche das Kultusministerium, der Kunstsammlung ein wenig zusätzlich zu helfen, wie das inzwischen auch die Stiftung Kunst und Kultur - die sich ja bislang nicht in der Lage gesehen habe, auch eine staatliche Einrichtung zu unterstützen - gelegentlich tue.

Ob sie das so verstehen könne, daß es sich um eine Scheinkürzung handele, fragt daraufhin **Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU)**. - **MDgt Kral (KM)** verneint. Die Mittel der Titelgruppe 92 seien schon immer auch in dieser Form eingesetzt worden.

Kap. 05 820 Titelgruppe 60:

Musikpflege und Musikerziehung

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) weist auf die Kürzungen bei den Zuweisungen an die Gemeinden und an sonstige Träger um insgesamt 1,29 Millionen DM hin und erbittet eine schriftliche Aufschlüsselung der Orchesterzuschüsse.

Für **Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU)** sind die Kürzungen bei den Zuweisungen für Orchester und Musikschulen nicht hinnehmbar. Hier gehe es an die Grundsub-

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

stanz. Sie wüßte, wo sie statt dessen kürzen würde: nämlich bei den Zuschüssen für die Weltmusiktage und die Vielzahl von Festivals, die zum Teil kaum noch voneinander unterschieden werden könnten. Wichtiger sei, bei den Dingen, die das Fundament der Kultur ausmachten, nämlich bei den Musikschulen und den Orchestern, eine kontinuierliche Förderung sicherzustellen.

Wenn die öffentlichen Haushalte weiterhin so unter Druck stünden, wird man auch nach Meinung des **Abgeordneten Dr. Gerritz (SPD)** darüber nachdenken müssen, auf das eine oder andere Festival zu verzichten bzw. es nur noch alle zwei Jahre durchzuführen.

Die Kürzungen im Musikbereich gehen auch nach Ansicht der **Abgeordneten Schumann (GRÜNE)** an die Substanz. Sie seien besonders schmerzhaft, weil Kinder und Jugendliche davon besonders betroffen seien. An dieser Stelle sei über die kulturelle Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen, gerade von Kindern und Jugendlichen aus einkommenschwachen Elternhäusern, zu diskutieren. In dem Zusammenhang frage sie sich, warum eigentlich der angekündigte Jugendkulturbericht nicht rechtzeitig vor diesen Haushaltsberatungen vorgelegt worden sei. Sie vermute, daß dieser Bericht Einblicke in die kulturelle Unterversorgung bei Kindern und Jugendlichen geben werde. Es sei blamabel, wenn ein reiches Kulturland wie Nordrhein-Westfalen nicht in die kulturelle Grundversorgung investiere.

Abgeordnete Keller (CDU) unterstützt diese Aussagen. Das Land sei in der Pflicht, sinnvolle Jugendarbeit zu unterstützen; auf der anderen Seite müsse viel Geld ausgegeben werden, wenn das Kind in den Brunnen gefallen sei. Es sei erschreckend, daß gerade die für eine sinnvolle Freizeitgestaltung junger Menschen bestimmten Mittel so stark reduziert werden sollten.

Minister Schwier macht darauf aufmerksam, daß die Kürzungen der Zuschüsse für Musikschulen nicht zwangsläufig zu höheren Elternbeiträgen führen müßten, denn das Land habe immer nur für die Ersteinrichtung und für besondere Maßnahmen Unterstützung gewährt und nicht die laufenden Kosten bezuschußt.

Es habe keinen Sinn, einzelne Positionen herauszugreifen und so zu tun, als stünden sie mit dem Gesamthaushalt in keinem Zusammenhang. Er erinnere an die erste Lesung des Haushalts, in der alle finanzpolitischen Sprecher gesagt hätten, daß

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

gespart werden müsse. Hier gelte dasselbe wie für alle anderen Landeszuschüsse auch. - Er habe im übrigen noch keinen Kürzungsvorschlag gehört.

Soeben habe sie einen Kürzungsvorschlag gemacht, entgegnet **Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU)**. Sie wolle sich aber hinsichtlich der Einzelheiten nicht den Kopf des Finanzministers zerbrechen, sondern das sollte ihres Erachtens die Landesregierung tun.

Abgeordneter Kuckart (CDU) bemerkt, es gebe nur Geld, wenn man Druck ausübe. Er sei auch Mitglied des Sportausschusses und der festen Überzeugung, daß es dem Landessportbund gelingen werde, die Kürzungen der Übungsleiterpauschale wieder vom Tisch zu bekommen. Er halte das auch für richtig. An der Stelle werde jedenfalls deutlich, daß eine Kürzung, die an die Substanz gehe, nicht hingenommen werde. Die heute im Kulturausschuß anstehenden Bereiche seien damit vergleichbar; denn wenn dort die Basis zerschlagen werde, werde es ungeheuer schwer sein, in Zukunft wieder etwas aufzubauen.

Wenn es nicht möglich sei, die Grundsubstanz der Kultur in den Kommunen abzusichern, indem das Land ein Zeichen setze und dort bewußt nicht kürze, gehe die Kulturpolitik schweren Zeiten entgegen. Deshalb müsse Druck ausgeübt werden; dem Beispiel des Sports sollte die Kultur nacheifern.

Anhand der zur Förderung der Weltmusiktage vorgesehenen 400 000 DM - laut Einführungsbericht des Staatssekretärs (s. *APr 11/1332, S. 14*) - wirft **Abgeordnete Keller (CDU)** noch einmal die Frage auf, was Priorität habe.

Minister Schwier legt dazu dar, die Durchführung solcher von überregionalen oder internationalen Organisationen veranstalteten Ereignisse wie "Weltmusiktage" übernehme keine Stadt und keine Region freiwillig, weil sie das etwa als ihre originäre Aufgabe ansehe. Man könne natürlich auf solche Förderungen verzichten - mit der Konsequenz, daß das dann an Nordrhein-Westfalen vorbeigehe. Irgendwann nehme das Land dann nur noch eine Dauerverteilung von Mitteln an Kommunen und andere Träger vor und brauche über Schwerpunktsetzungen und besondere kulturelle Ereignisse nicht mehr zu reden.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Kap. 05 820 Titelgruppe 80:
Förderung literarischer Zwecke

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) kritisiert auch hier die vorgesehenen Kürzungen. - Nach dem Hinweis von **MR'in Dr. Galsterer (KM)**, daß es sich bei den auf Seite 96 des Erläuterungsbandes genannten Zahlen um die des Jahres 1994 handele, konstatiert **Abgeordneter Dorn (F.D.P.)**, dann sei ja alles noch viel schlimmer.

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) führt aus, der Finanzminister habe ihm gegenüber erklärt, er ginge davon aus, daß Strukturen nicht verändert würden. Die Kürzungen im Literaturbereich um 179 000 DM führten aber zu Strukturveränderungen. Schon 1994 habe es kaum noch Druckkostenzuschüsse gegeben. Weil große Verlage diese Aufgabe nicht wahrnahmen, seien literarische Neuentdeckungen in erster Linie eine Sache kleiner, mutiger Verlage, die ohne Druckkostenzuschüsse nicht existieren könnten. Es gehe hier um kleine Beträge, die aber für die literarische Infrastruktur eines Landes von eminenter Bedeutung seien.

Nordrhein-Westfalen sei sicher nicht das literarischste Land, habe aber, auch durch seine in den letzten Jahren etwas intensivere Literaturpolitik, in letzter Zeit erhebliche Beiträge in der Literatur geleistet, und dies werde jetzt durch die Reduzierung der vergleichsweise geringen Beträge vom Tisch gewischt. Auch hier werde der Arbeitskreis seiner Fraktion versuchen, eine Korrektur vorzunehmen.

Kap. 05 820 Titelgruppe 90:
Projektbezogene allgemeine Kulturförderung

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) fragt, ob sie eine vollständige Aufstellung der in diesem Jahr aus dem Feuerwehrfonds bezuschußten Projekte erhalten könne - die Aufstellung in Vorlage 11/3190 reiche nur bis zum 30.06. -, und würde zusätzlich gern erfahren, wie hoch das Volumen der gestellten Anträge sei, um einen Eindruck über die Größenordnung der Ablehnungen zu erhalten.

Weiter möchte sie wissen, welche Überlegungen zur Neustrukturierung des Feuerwehrfonds es gebe.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Ministerialrat Horn (KM) sagt eine Auflistung der in diesem Jahr bewilligten Projekte zu. Zum Antragsvolumen könne er sagen, daß die Förderung in der Regel 50 % Summe betrage. In der Tat sei es bei einem Ansatz von nur noch 1,1 Millionen DM - gegenüber 3 Millionen DM im Jahre 1980 - schwierig, Entscheidungen zu treffen und dabei auch noch Kriterien wie regionale Ausgewogenheit, Innovationscharakter und Berücksichtigung aller Sparten zu beachten.

Was die Neuordnung betreffe, habe sich das Ministerium mit den Regierungspräsidien darauf geeinigt, daß vor allem Modellmaßnahmen mit landesweiter Bedeutung, Projekte mit besonderen örtlichen bzw. besonderen künstlerischen Innovationen sowie Projekte, von denen Impulse für die kulturelle Vernetzung vor Ort oder in der Region ausgingen, gefördert werden sollten.

Zur Situation des nächsten Jahres erläutert der Redner, es gebe aufgrund von Entscheidungen des Ausschusses bereits Vor-Bindungen in Höhe von 400 000 DM. Die Landesregierung habe sodann beschlossen, Projekte in Stadtteilen zu unterstützen, in denen besonderer Handlungsbedarf bestehe. Die Verknüpfung von sozialer und künstlerischer Arbeit in diesen Stadtteilen solle mit 250 000 DM unterstützt werden. Wenn es bei dem Ansatz von 1,1 Millionen DM bleibe, müsse das Kultusministerium also versuchen, mit 450 000 DM landesweit den "bunten Strauß von Ansprüchen" zu erfüllen.

Kap. 05 820 Titelgruppe 96:

Förderung der Veranstaltungen "350 Jahre Westfälischer Friede"

Abgeordneter Dorn (F.D.P.) wüßte gern, wer an der Veranstaltungsgesellschaft "350 Jahre Westfälischer Friede GmbH" beteiligt sei, wie die Finanzplanung aussehe und ob die Verpflichtungsermächtigung von 1,18 Millionen DM notwendig sei.

Abgeordnete Schumann (GRÜNE) kritisiert die Höhe der veranschlagten Gesamtkosten von 12,6 Millionen DM. Das Konzept mit dem Schwerpunkt auf zwei Kongressen und einer Ausstellung erscheine ihr "verkopft". Sie frage sich, welchen Sinn es habe, die Friedensidee in wissenschaftlichen Kongressen einer Fachöffentlichkeit darzustellen.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-Ig

Demgegenüber macht **Abgeordneter Dr. Horn (CDU)** darauf aufmerksam, daß es kaum einen Bereich der Geschichtsforschung gebe, der solche Aktendimensionen einnehme wie der Westfälische Friede. Wenn die Forschungen über den bisherigen Stand hinausgehen sollten, werde man sich das, auch angesichts der herausragenden Bedeutung des Westfälischen Friedens für Europa, etwas kosten lassen müssen.

Zur Beantwortung verweist **MDgt Kral (KM)** auf die Erläuterungen im Haushaltsentwurf, die Aussprache in der letzten Sitzung und die daraufhin übermittelte Vorlage 11/3308. Die darin genannten, von Frau Schumann angeführten Veranstaltungen seien längst nicht alles, sondern es werde viel mehr geschehen; das Ministerium werde den Ausschuß darüber unterrichten.

Er bitte zu berücksichtigen, daß sich Nordrhein-Westfalen - im Gegensatz zu anderen Ländern, die schon mehrfach Gelegenheit gehabt hätten, historische Ereignisse durch Ausstellungen in den Vordergrund zu rücken - zum ersten Mal mit einem historischen Ereignis dieser Größenordnung befasse. Im Hinblick auf die Bedeutung erscheine ihm der Aufwand auch im Vergleich zu anderen Veranstaltungen vertretbar.

Angesichts dieses Engagements hätte **Abgeordneter Schultheis (SPD)** gerne auch einmal gewußt, welche Maßnahmen das Kultusministerium zum 50. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs plane. - Eine große Ausstellung sei nicht vorgesehen, erwidert **Minister Schwier**. Im Rahmen der Bildungsarbeit sowohl der Schulen wie auch der Einrichtungen der Erwachsenenbildung werde es jedoch eine Reihe von Anregungen geben.

Am Schluß der Beratung dieses Haushaltskapitels bemerkt **Ausschußvorsitzende Matthäus**, wenn sie nicht Vorsitzende wäre, hätte auch sie bei verschiedenen Punkten Kritik angemeldet. Der Kulturausschuß sei bereits in dem Jahr, in dem er eingerichtet worden sei - 1980 -, mit den ersten Kürzungen konfrontiert worden. Der Kulturbereich habe zuvor nirgendwo Fett angesetzt gehabt, das man hätte abschmelzen können, und deswegen schmerze jede Kürzung ganz besonders.

In einer Zeit wie der heutigen falle es immer schwerer, Mitverantwortung zu tragen. Heute sei aber deutlich geworden, daß es nicht so weitergehe und der Ausschuß insgesamt sich das nicht gefallen lassen wolle. Dies zeige, daß in allen Bereichen der

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-Ig

Kultur die Kürzungen zuviel seien und daß Kultur im Augenblick mehr mit Phantasie als mit Geld arbeiten müsse.

Kap. 05 830 Tit. 653 20:

Zuweisungen für die Westfälische Schauspielschule Bochum

Abgeordnete Dr. Möhrmann (CDU) hebt positiv hervor, daß die Landesregierung den Ansatz für die Schauspielschule - der bei der Nachwuchsförderung eine wichtige Aufgabe zukomme - erhöht habe.

Kap. 05 830 Tit. 685 20:

Zuschüsse für das rheinisch-westfälische Theaterwesen

Dem Erläuterungsband hat **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** entnommen, daß 41 Privattheater regelmäßig gefördert würden. Sie erbittet eine Aufstellung darüber, wie viele Theater in welcher Größenordnung institutionell gefördert würden, wie viele Theater Projektmittel erhielten und wie viele Privattheater nichts bekämen, obwohl sie um Förderung nachgesucht hätten. Sie halte eine größere Transparenz für notwendig, um nachvollziehen zu können, warum einige Privattheater 120 000 DM, einige 20 000 DM und andere gar nichts erhielten.

In letzter Zeit habe es in der freien Theaterszene eine Diskussion über die Förderungsstruktur gegeben. Dabei sei angesichts der Zersplitterung gefordert worden, so etwas wie einen Beirat einzurichten. Sie möchte wissen, ob das Ministerium hier auch einen Änderungsbedarf erkenne.

Die aus der freien Theaterszene vorgebrachte Kritik an der angeblichen Zersplitterung der Förderung ist nach Ansicht des **Abgeordneten Dr. Gerritz (SPD)** zurückzuweisen. Richtig sei, daß über die Förderbedingungen diskutiert werden müsse.

Die Abgeordnete bittet zu bestätigen, daß das Büro der Kooperative Freier Theater von Herne nach Dortmund verlegt werde - was er für sinnvoll hielte angesichts der

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

Tatsache, daß dieses Büro in den letzten Jahren miserabel gearbeitet und Finanzmittel des Landes nicht zu Recht bekommen habe.

MDgt Kral (KM) antwortet Frau Schumann, im Hinblick auf die Art und Weise der Kritik an der angeblichen Ungerechtigkeit bei der Mittelvergabe sei das Ministerium nicht bereit, eine Liste der Förderbeträge herauszugeben. Er empfehle, über die Frage der Mittelbewirtschaftung dieses Ansatzes einmal im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunktes im Ausschuß zu sprechen.

Im Haushaltsentwurf 1995 seien die Privattheater jedenfalls gut behandelt worden; denn bei einem Ansatz von knapp 6 Millionen DM sei nur eine Kürzung von 100 000 DM vorgesehen.

Die Äußerungen des Abgeordneten Dr. Gerritz zur Kooperative Freier Theater bezeichnet **MR Hoffmann (KM)** als leider zutreffend. Das Ministerium habe mit dem Vorstand der Kooperative darüber gesprochen. Dieser habe eine andere Personallösung in Sicht, aus der heraus sich eine Verlagerung des Büros nach Dortmund anbiete.

Beilage 2 zu Einzelplan 05:

Stiftung "Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen"

Den Hinweis in den Erläuterungen, daß 60 % der Beschäftigten Frauen seien, nimmt **Abgeordnete Schumann (GRÜNE)** zum Anlaß anzuregen, künftig durchgehend mitzuteilen, wie die Beschäftigungsstruktur in Kultureinrichtungen sei und wie es um die Künstlerinnenförderung aussehe.

Kulturausschuß
40. Sitzung

26.10.1994
ei-lg

c) **Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr**

Kapitel 15 040 Titelgruppen 70 und 80, Kapitel 15 070 und Kapitel 15 300

Vorlagen 11/3215 und 11/3239

Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD) macht darauf aufmerksam, daß bei der Reichsabtei Kornelimünster nicht nur die für das nächste Jahr vorgesehenen Instandsetzungsarbeiten erforderlich seien, sondern daß das Parlament sich um ein Gesamtsanierungskonzept bemühen müsse.

Die Frage des Abgeordneten, ob es notwendig sei, für diesen Zweck eine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 1996 auszubringen, kann **Leitender Ministerialrat Dr. Memmesheimer (MSV)** nicht beurteilen. Er sagt zu, dies mit dem Bauministerium abzuklären.

Des weiteren weist **Abgeordneter Dr. Gerritz (SPD)** darauf hin, daß sich die Firma Rheinbraun bereit erklärt habe, ihren Beitrag zur Stiftung zur Förderung der Archäologie im Rheinischen Braunkohlerevier im Falle einer Genehmigung des Tagebaus Garzweiler II zu erhöhen. Über die Genehmigung werde in nächster Zeit entschieden. Er halte es für dringend erforderlich, daß die Landesregierung vor einer etwaigen Genehmigung von Garzweiler II die Firma Rheinbraun darauf aufmerksam mache.

Die **Vorsitzende** äußert abschließend die Bitte, etwaige Anträge zur Abstimmungssitzung am 30. November bis zum 22. November den anderen Fraktionen zu übermitteln.

Vermerk des Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr

I B 4 - 56.01 - 1325/94

vom 24. Oktober 1994

Betr.: Denkmalrecht;
 hier: Änderung der Verordnung über die Führung
 der Denkmalliste (Denkmallisten-Verord-
 nung) vom 06.03.1981

Der vorliegende Entwurf zur Änderung der Denkmallisten-Verordnung geht auf informelle Aufforderungen aus dem Landtag (Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen) zurück, die Unterschutzstellung von Baudenkmalern bald zu beenden. Dem Entwurf liegt folgendes zugrunde:

Im Auftrag der Landesregierung haben die Landschaftsverbände das denkmalwerte Kulturgut gesichtet und erfaßt. Danach sind in unserem Lande rd. 97.000 potentielle Baudenkmäler vorhanden. Nach den bisherigen Erfahrungen muß erwartet werden, daß 85.000 bis 90.000 erfaßte Objekte auch tatsächlich die Tatbestandsvoraussetzungen für ein Baudenkmal nach den Bestimmungen des DSchG erfüllen und von den Städten und Gemeinden in die Denkmallisten einzutragen sind.

Nach einer Umfrage bei den Städten und Gemeinden waren am 01.01.1994 64.473 Baudenkmäler geschützt. Eigenen Angaben der Städte und Gemeinden zufolge waren am 01.01.1994 noch 23.944 Unterschutzstellungsverfahren zu bearbeiten.

Die Unterschutzstellung, d.h. die Eintragung in die Denkmalliste der Gemeinde, ist der rechtstechnische Anknüpfungspunkt. Sie gibt dem Eigentümer Gewißheit über die Denkmaleigenschaft. Belastungen und Vorteile, beispielsweise Förderung oder Steuervergünstigung, sind davon abhängig. Die Gemeinden und andere Planungsträger, z.B. die Deutsche Bahn AG, aber auch private Investoren, z.B. auf den Industriebrachen, wissen, daß geschützte Baudenkmäler mit erhöhter Aufmerksamkeit zu behandeln sind.

Die Auswertung der gemeindlichen Angaben zeigt, daß die Mehrzahl der Städte und Gemeinden, hier spreche ich insbesondere die Ausschüsse und Räte, aber auch die Verwaltungen an, mit großem Engagement die Unterschutzstellungsverfahren seit Inkrafttreten des Denkmalschutzgesetzes am 01.07.1980 vorangebracht und weitgehend abgeschlossen haben.

Andererseits hatten Anfang 1993 rd. 100 Städte und Gemeinden nur sehr zurückhaltend Baudenkmäler eingetragen. In diesen Gemeinden hat der halbherzige Gesetzesvollzug vielfach zu

Schwierigkeiten geführt. Bauherren wurden erst im Baugenehmigungsverfahren darauf aufmerksam gemacht, daß ihr Vorhaben ein Baudenkmal betrifft. Investitionsentscheidungen wurden vorläufig blockiert, bis die Unterschutzstellungsverfahren nachgeholt worden waren. Es konnten aber auch den Denkmaleigentümern keine Vergünstigungen gewährt werden, weil die Unterschutzstellung noch ausstand. So hat der Landesrechnungshof Nordrhein-Westfalen das Ausstellen von Steuerbescheinigungen bei den Städten und Gemeinden geprüft und festgestellt, daß Steuerbescheinigungen deshalb rechtswidrig sind, weil die Unterschutzstellung unterblieben ist. Zum Nachteil der Betroffenen müssen die Bescheinigungen zurückgenommen werden; Steuervergünstigungen können nicht in Anspruch genommen werden.

Mit der beabsichtigten Änderungsverordnung sollen die Städte und Gemeinden ersucht werden, die Eintragungsverfahren für potentielle Baudenkmäler, die bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges errichtet worden sind, abzuschließen. Mit dieser Vorgehensweise sollen die hier kurz skizzierten negativen Folgen der fehlenden Unterschutzstellung vermieden werden. Eine erste Überlegung, die Gemeinden zu verpflichten, die Unterschutzstellungen der hier in Rede stehenden Gebäude endgültig abzuschließen, ist rechtlich nicht möglich, weil die Ermächtigungsgrundlage hierzu nicht ausreicht.

Der mit der geänderten Verordnung ausgesprochene Appell an die Städte und Gemeinden soll durch Dienstbesprechungen und Einzelgespräche vertieft und begleitet werden.

Im Grundsatz wird der angestrebte Abschluß der Unterschutzstellungen sowohl von den Landschaftsverbänden als auch den kommunalen Spitzenverbänden unterstützt. Allerdings wird der vorliegende Entwurf wegen befürchteter personeller Engpässe und Arbeitsüberlastungen abgelehnt.

Die Wirkungen des Appells sollen genauestens beobachtet werden. Sollte der gewünschte Erfolg nicht eintreten, muß erwogen werden, aufsichtsbehördliche Maßnahmen zu ergreifen. Ich hoffe aber, daß dies nicht notwendig sein wird.